BULGARIEN

„Drogenkanäle verstopft“

Interview mit Ministerpräsident Iwan Kostow, 48, der diese Woche nach Deutschland kommt, über die Probleme seines Landes

Ministerpräsident Kostow

DPA

SPIEGEL: Als „Sieger in einem kaputten Land“ haben Sie sich nach den Wahlen im April vorigen Jahres bezeichnet. Ist Bulgariens Abstieg jetzt gestoppt?

Kostow: Wir erwarten dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent. Die Währung ist stabilisiert, das Defizit im Staatshaushalt hat sich verringert, und die Einkommen sind um das Zehnfache gestiegen – auf rund 170 Mark monatlich.

SPIEGEL: Der soziale Preis für die Wende ist hoch. Wird die nächste Privatisierungswelle nicht eine Flut von Arbeitslosigkeit nach sich ziehen?

Kostow: Die beträgt jetzt gut 15 Prozent, 1 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Menschen schaffen sich in der Privatwirtschaft neue Existenzen, auch wenn die Banken bisher kaum Kredite geben.

SPIEGEL: Bulgarien ist eine Drehscheibe des Menschenschmuggels, des Drogen- und Waffenhandels – direkt an der Südostflanke der Nato. Wie wollen Sie das Land aus den Händen der Organisierten Kriminalität befreien?

Kostow: Wir haben die Schutzgelderpressungen gestoppt, fiktive Alkohol- und Tabakexporte sowie den Zuckerschmuggel unterbunden, wichtige Drogenkanäle verstopft. Und wir werden die Ausweise aller bulgarischen Staatsbürger einziehen und neue, fälschungssichere herausgeben. Jetzt hat die Unterwelt Angst vor der Polizei – vor einem Jahr war es noch umgekehrt. Vor allem gibt es keinen politischen Schutz mehr für Verbrecher. Wir haben korrupte Beamte entlassen – vom Zöllner bis zum Vizeminister. Auch Richter und Staatsanwälte sind nun kündbar, die Justiz hat Kriminelle oftmals abgeschirmt.

SPIEGEL: Nur ein Fünftel der ausländischen Investitionen in Bulgarien kommt derzeit aus Deutschland, das für Sie ein „strategischer Partner“ ist. Warum?

Kostow: Weil die Deutschen in letzter Zeit sehr enttäuscht waren von dem, was sich in Bulgarien abspielte. Jetzt ändert sich das.

Anti-Rushdie-Protest in Teheran

E. RAD / GAMMA / STUDIO X

FUNDAMENTALISTEN

Asiatische Front gegen Rushdie

Islamische Extremisten haben eine neue Kampagne gegen den britischen Schriftsteller indischer Abstammung Salman Rushdie gestartet – und eines der ehrgeizigsten Filmprojekte der Londoner BBC gestoppt. Wegen des Romans „Die Satanischen Verse“, der von manchen Muslimen als blasphemisch und beleidigend für den Islam empfunden wurde, hatte der iranische Revolutionsführer Ajatollah Chomeini den Autor 1989 zum Tode verurteilt. Die immer noch wirkende Macht des Banns aus Teheran bewog nacheinander die Regierungen Indiens, Pakistans und Sri Lankas, dem britischen Fernsehgiganten eine Dreherlaubnis für die Verfilmung des Rushdie-Bestsellers „Mitternachtskinder“, dessen Schauplatz der indische Subkontinent ist, zu verweigern: Aus Rücksicht auf die muslimische Minderheit in Sri Lanka (sieben Prozent der Bevölkerung) hatten Vertreter der Muslim-Kongreß-Partei Protest angekündigt. Präsidentin Chandrika Kumaratunga, die einer Regierungskoalition vorsteht, ist auf die sieben Abgeordneten der Muslim-Partei angewiesen.

ÖSTERREICH

Haider in der Klemme

Herbe Verluste in Meinungsumfragen und Probleme in den eigenen Reihen: Für den politischen Rechtsaußen Jörg Haider ist die Kanzlerschaft, die er jahrelang für 1998 angestrebt hatte, in weite Ferne gerückt. Nach seinem Flop mit einem Volksbegehren gegen den Euro, das nur 254 000 Österreicher und nicht einmal alle Funktionäre seiner Freiheitlichen Partei unterzeichneten, geißelt der bislang erfolgreichste radikale Rechtspopulist Europas „Schlendrian, Geltungssucht und Geldgier“ seiner Gefolgsleute. Er fordert „vorbehaltlose Unterstützung“, sonst sei sein Rücktritt nicht ausgeschlossen. Um das Formtief zu überwinden, dürfte Haider schon bald die Ängste gegen die anstehende EU-Osterweiterung schüren, weil viele Österreicher sich vor Billigprodukten und konkurrierenden Arbeitskräften aus dem Osten fürchten.

Rechtspopulist Haider

HERRGOTT / NEWS